

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Poststation entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge: 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 30 Pfennige, Kettenspektakel 40 Pfennige, auswärtige Kettenspektakel 50 Pfennige, amtliche Anzeigen 1 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 15

Mittwoch, den 19. Januar 1927

22. Jahrgang

Marx verhandelt mit den Parteien.

Bis jetzt überall vorsichtige Zusagen.

Berlin, 18. Januar. Reichskanzler Dr. Marx hat gestern nachmittag in Ausführung des übernommenen Auftrages, die politische Situation und die Haltung der in Frage kommenden Fraktionen gegenüber einem Kabinett der Mitte zu klären, im Reichstage nacheinander den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, den Vorsitzenden der demokratischen Fraktion, Abg. Dr. Koch, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Wälder-Franken, empfangen, und wird voraussichtlich noch eine zweite Aussprache mit dem Abg. Dr. Scholz haben.

Das ist der äußere Hergang der Gespräche von gestern nachmittag. Zur Stunde sind die Verhandlungen mit den Parteien über die Möglichkeit der Bildung einer

Regierung der Mitte mit Anlehnung nach links noch im Gange. Ihr Ergebnis steht noch nicht fest.

Es ist aber zu beachten, daß die beiden Gegenpole bei diesen Verhandlungen, nämlich die deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten, sich in ihren Erklärungen gegenüber dem Reichskanzler Dr. Marx außerordentlich vorsichtig geäußert haben.

Dr. Scholz hat versichert, daß seine Fraktion grundsätzlich gegen die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten über die Unterfütterung eines Kabinetts der Mitte nichts einzuwenden habe, wenn sie auch eine Mehrheitsregierung mit den Deutschen Nationalen gewünscht hätte. Die Deutsche Volkspartei müsse aber die Frage, ob sie an einer solchen Koalition der Mitte sich weiterhin beteiligen werde, abhängig machen von der Erfüllung sachlicher und personeller Forderungen.

Die sachlichen Forderungen beziehen sich auf Wirtschafts- und Steuerfragen, sowie auf die Reichswehr. Daß unter den personellen Forderungen in der Hauptsache das Verbleiben Dr. Weisers als Reichswehrminister zu verstehen ist, der selbst erklärt hat, daß er aus personellen Gründen zurückzutreten wünsche, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Erst wenn die Sozialdemokratie erklärt habe, wie sie zu diesen sachlichen und personellen Forderungen der Deutschen Volkspartei steht, könne er seinerseits eine bestimmte Erklärung abgeben. Darauf ist es zurückzuführen, daß Dr. Scholz nochmals empfangen werden soll, nachdem der Vertreter der Sozialdemokratie gehört worden ist.

Reichskanzler Marx wird heute mit den Deutschnationalen sprechen.

Am Mittwoch treten die Fraktionen zusammen, von denen die letzte Entscheidung abhängt. Inzwischen gehen die Verhandlungen weiter.

England begrüßt die Berufung Marx'.

London, 17. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, daß man in London ernsthaft hoffe, daß es Dr. Marx gelingen werde, ohne Ausschub ein deutsches Kabinett zu bilden. Er habe als Kanzler mit Dr. Stresemann stets gut zusammengearbeitet und erzeuge sich allgemeinen Respekts in den Ländern der Alliierten. Sollte er Erfolg haben, so könne in der Angelegenheit der deutschen Entwaffnungsverhandlungen auf Beschleunigung gerechnet werden.

vorgegangen werden sollte, würde nach Ansicht militärischer Sachverständiger eine Streitmacht von 25 000 Mann mit voller Kriegsausrüstung notwendig sein.

Der Emden-Zwischenfall in Kapstadt.

Der unerwartete Wasserstrahl.

London, 17. Jan. Wie Reuters aus Kapstadt meldet, hatten sich gestern nachmittag auf die Mittelung, daß der deutsche Kreuzer Emden dem Publikum zur Besichtigung zur Verfügung stehen werde, eine nach Tausenden zählende Menschenmenge am Kai angesammelt. Dabei sei offenbar ein Gedränge entstanden, durch das die Vornstehenden in Gefahr gerieten, ins Wasser gedrängt zu werden. Um dies zu verhindern und die Menge zu zerstreuen, hätten einige deutsche Matrosen einmal mit einer Spritze einen Wasserstrahl auf die Menschen gerichtet. Wie Reuters bemerkt, habe der Zwischenfall auf den bisher wohlgeordneten Besuch der Emden einen Schatten geworfen.

Die Anwendung des Spritzenschlauches gegen die andringenden Menschenmassen ist mit Wissen und auf Anregung der Polizei erfolgt, weil die Polizei dem unerwarteten Ansturm des Publikums nicht gewachsen war, so daß die vom Wasser von drei Seiten eingeschlossenen Personen auf dem vorderen Teil des Kai von den nachdrängenden Menschenmassen ins Meer geschoben worden wären. Das Publikum bringt nunmehr der Geistesgegenwart des Kapitäns der Emden, die eine große Katastrophe verhindert habe, volles Verständnis und größte Bewunderung entgegen.

Der Deutsche Volksbund legt Beschwerde beim Völkerbund ein.

Gegen den ablehnenden Bescheid, den die polnische Regierung auf die Stellungnahme des Präsidenten der gemischten Kommission, Calonder, in Sachen der Ungültigkeitserklärung von rund 7000 Urträgen für die deutsche Schule gegeben hat, legt, wie den Blättern aus Katowitz gemeldet wird, der Deutsche Volksbund Beschwerde beim Völkerbund ein.

Gefiers Antwort an Koch.

Dr. Gefier hat jetzt auf den Brief des demokratischen Parteivorsitzenden Koch geantwortet, in dem Koch dagegen Einspruch erhoben hatte, daß General Reinhardt in einem Zeitungsartikel den Republikanern die Fähigkeit abgesprochen hatte, für die Reichswehr geeigneten Ersatz zu stellen. Aus dieser Antwort geht hervor, daß Dr. Gefier von dem Artikel von seiner Veröffentlichung Kenntnis gehabt hat.

Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Berlin, 17. Jan. Im Sitzungssaal des Deutschen Städtetages im Stadthaus fand heute eine Besprechung bedeutsamer kommunalpolitischer Fragen, insbesondere des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und des preussischen Steuergewerbegesetzes vor Pressevertretern statt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mülert, entwarf ein Bild von der Finanzlage der deutschen Städte, die im Rechnungsjahr 1926 eine wesentliche Verschlechterung erfahren habe. Trotz ernstlicher Bemühungen, die Haushaltspläne für dieses Rechnungsjahr im Gleichgewicht zu halten, sei dies nicht möglich gewesen. Der Grund liege vornehmlich in dem außerordentlichen Anstiegen der den Gemeinden überwiesenen Wohlfahrtslasten. Das Defizit allein der preussischen Städte über 50 000 Einwohner erreiche in diesem Jahre rund 120 Millionen Mark. Durch die sogenannte Steuermilberungsaktion des Reiches und der Länder seien die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer, die Vermögenssteuer, die Grunderwerbssteuer, die preussische Gewerbesteuer und die Hauszinssteuer gesenkt worden, ohne daß hierdurch die Wirtschaft sichtbare Erleichterungen erfahren habe. Namentlich werde es vom Standpunkt der Städte für verfehlt gehalten, die Umsatzsteuer in voller Höhe bestehen zu lassen. Der vorläufige Finanzausgleich, der im Laufe dieses Monats im Reichstag zur Annahme kommt, bringe den Gemeinden trotz ihrer verzweifeltsten Finanzlage durch Streichung der Spezialumlagevergarantie und der Getränkesteuer, sowie durch Senkung der Grunderwerbssteuerverzuschüsse äußerst spürbare Minderungen des Steueraufkommens. In dieser ohnehin schwierigen Lage greife die preussische Vorlage zur Gewerbesteuer in sehr beträchtlicher Weise ein. Bei der schwierigen Lage des Gewerbes sei, soweit möglich, Steuererleichterung auch bei der Gewerbesteuer geboten, aber der Weg, den die Regierungsvorlage und die Anträge der Landtagsparteien gehen, sei nicht der richtige. Die einzig mögliche Reform der Gewerbesteuer liege in einer schnellen Reform des Reichsfinanzausgleiches zugunsten der Gemeinden.

Förderung von Arbeiterwohnungsbauten auf staatlichen Domänen.

Für den Bau von Arbeiterwohnungen auf staatlichen Domänen hat der Minister für Volkswirtschaft im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister ein Darlehen von 2,5 Millionen RM. aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt, über deren Verwendung der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, daß im allgemeinen für jede neue Arbeiterwohnung mit Nebenbauten ein Bauhaushalt von 8750 RM. bewilligt wird. In Fällen, in denen die Durchführung der Bauten zur Aufhebung deutschstämmiger Arbeiter unter gleichzeitiger Verringerung der ausländischen Arbeitskräfte erfolgt, erhöht sich der Bauhaushaltbetrag für jede neue Wohnung auf 4550 RM. In diesen Fällen können selbst für größere Umbauten Beihilfen aus dem Darlehen bewilligt werden. Der Anteil der Pächter an den Baukosten wird auf ein Fünftel der Baukosten und die Leistung der Führer festgesetzt. Der Baukostenanteil kann ihnen bis auf höchstens fünf Jahren zu einem Zinssatz von 5 Prozent — aber nicht über Reichsbankdiskontsatz — gestundet werden.

Feier anlässlich des Abschlusses der diplomatischen Aktenammlung des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 17. Januar. Anlässlich des Abschlusses der Herausgabe der großen Aktenammlung des Auswärtigen Amtes veranstaltete der Inhaber der Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Hans Roeder, heute abend einen festlichen Empfang und ein Festessen in den Räumen der Deutschen Gesellschaft 1914, an dem u. a. der Reichskanzler Dr. Marx, Reichsminister Dr. Weiser, Staatssekretär Dr. Goltz, Reichsminister a. D. Dr. Rosen, Staatssekretär Meißner und zahlreiche andere Regierungsbeamten, Mitarbeiter an der Aktenpublikation und führende Mitglieder der deutschen Presse und Politik teilnahmen. Nach einem einleitenden Musikvortrag wies der Herausgeber der „Akten für Politik und Geschichte“, Dr. Hans Roeder, auf die Bedeutung der 68bändigen Aktenpublikation, die mit ihren Nebenveröffentlichungen bereits auf ungefähr 180 Bände angewachsen ist, für die Geschichte der Forschung im allgemeinen und für die Erforschung der Kriegsschuldfrage im besonderen hin und sprach die Hoffnung aus, daß, wie bereits in England seit kurzem begonnen worden ist, auch die anderen am Kriege beteiligten Mächte durch Öffnung ihrer Archive zu einer abgerundeten Materialbereitstellung für eine vollkommene Erforschung der geschichtlichen Ursachen des Krieges und der gen-

Holland will den chinesischen Wünschen entgegenkommen.

Die Antwort Hollands auf das britische China-Memorandum. Haag, 17. Januar. Die niederländische Regierung hat jetzt der britischen Regierung ihre Auffassung über das britische China-Memorandum mitgeteilt. In dieser Darlegung wird ausgeführt, die niederländische Regierung sei der Meinung, daß der neuen politischen Entwicklung in China Rechnung getragen werden müsse und daß sie darum vollkommen bereit sei, den chinesischen Wünschen so weit wie möglich entgegenzukommen. Sie sei ebenso bereit, mit den Regierungen der anderen Mächte, die das Washingtoner Abkommen vom Jahre 1922 unterzeichnet haben, in Erwägungen darüber einzutreten, auf welche Weise dieses Abkommen am zweckmäßigsten und wirksamsten ausgeführt werden könne. Obwohl also die niederländische Regierung mit den allgemeinen Gesichtspunkten des britischen Memorandums durchaus übereinstimme, bezweifle sie doch, ob der jetzige Augenblick für die Abgabe der in dem britischen Memorandum angegebenen Erklärungen der geeignete sei. Die niederländische Regierung bitte vielmehr zu erwägen, ob man nicht einen Zeitpunkt abwarten wolle, an dem die allgemeine Lage in China so geklärt sei, daß man die Haltung aufgeben könne, die die augenblickliche Lage zu verlangen scheine.

Die Lage am Jangtse.

Tokio, 17. Januar. (Reuters.) Die japanischen Marinebefehlshaber und Konsuln im Jangtsegebiet haben Mitteilung erhalten, sich mit den Vertretern der anderen Mächte über die zum Schutz von Leben und Eigentum der Ausländer zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen.

Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes nach Futschau. Paris, 17. Januar. Nach einer Havasmeldung aus Schanghai ist der amerikanische Zerstörer Pittsburgh nach Futschau abgegangen.

Japan bereitet Verhandlungen mit Süd- und Nordchina vor.

Paris, 17. Januar. Wie die Agentur Indopacifique aus Tokio meldet, bereitet Japan sich darauf vor, mit der südchinesischen und der nordchinesischen Regierung in Besprechungen betreffend die Regelung der ganz China interessierenden Fragen einzutreten. Der Senat plane die Annahme eines Vorschlages zur Konsolidierung der Stellung Japans in diesen Fragen. In gewissen Kreisen sei man der Ansicht, daß Maßnahmen zur Sicherung der in China angelegten Kapitalien getroffen werden müßten.

Die Lage in Schanghai.

London, 18. Januar. „Chicago Tribune“ meldet aus Schanghai: Die internationale Niederlassung von Schanghai hat gestern die Mächte ersucht, eine sofort verfügbare bewaffnete Landesstreitmacht von 4000 Mann (2000 Engländer, 1000 Japaner, 1000 Amerikaner) bereit zu halten, als erste Maßnahme, um einen chinesischen Versuch, die Ereignisse von Dantau in Schanghai zu wiederholen, unmöglich zu machen. Diese chinesische Maßnahme mit Waffengewalt gegen die Konzession